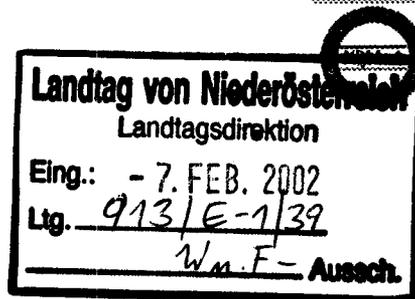




1. Stadtverwaltung



Der Gemeinderat der Stadt Korneuburg hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2001 folgende Resolution beschlossen.

## Resolution

### **KEINE BEGRENZUNG DER ABNAHMEPFLICHT DER ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN.**

Der Landtag von Niederösterreich hat am 28. Juni 2001 in Ausführung des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (Elwog) das Niederösterreichische Elektrizitätswesengesetz 2001 beschlossen.

Trotz heftiger Proteste (an einer e-mail-Aktion haben sich über 1600 Personen beteiligt) beinhaltet dieses Gesetz eine Begrenzung der Abnahmepflicht für Windenergie bei drei Prozent (§ 42 Abs. 4). Eine Begrenzung der Abnahmepflicht ist nicht nur verfassungswidrig, sondern steht auch im Widerspruch der klima- und energiepolitischen Zielsetzungen des Landes Niederösterreich und lässt die offizielle Anti-Atomkraft-Politik Österreichs zur Farce verkommen. Diese Beschränkung bedeutet, dass nur noch etwa 105 MW in Niederösterreich neu errichtet werden können. Allein auf EVN-Netzgebiet sind aber schon Projekte mit 500 MW in Planung.

Auch in Korneuburg ist das Projekt einer Windkraftanlage in Planung. Eine Deckelung der Abnahmepflicht würde die Chancen auf Verwirklichung dieses Projektes enorm herabsetzen.

Dass es auch anders gehen kann, zeigen die Steiermark, Wien und Vorarlberg: Hier gibt es keine Begrenzung für die ökologische Stromerzeugung.

Seite 1 von 2

Niederösterreich ist eines der windenergiereichsten Bundesländer Österreichs. Die Windenergie schafft nicht nur sauberen Strom, sondern schafft auch zahlreiche Arbeitsplätze im Inland. Im vergangenen Jahr wurden Windkraftanlagen im Wert von ÖS 350 Mio nach Österreich importiert, im Gegenzug wurden Anlagenteile aus Österreich im Wert von über ÖS 700 Mio exportiert.

Der Gemeinderat der Stadt Korneuburg fordert daher den Niederösterreichischen Landtag auf, die Deckelung der Abnahmepflicht der EVUs für Strom aus Windenergie aufzuheben. Es soll ein bundesweiter Ausgleich der Belastungen der EVUs durch vermehrte Abnahmen alternativer Energie angestrebt werden.